

Eine Denkschrift aus dem Jahre 1945

von Walter Schwarz, eingeleitet von Eberhard Schwarz, Kiel

Im Nachlaß von Oberkonsistorialrat a.D. Walter Schwarz, dem früheren geistlichen Dirigenten im Breslauer Konsistorium, befindet sich eine aufschlußreiche Denkschrift zum Weg der evangelischen Kirche 1945. Nach den Tagebuchnotizen ist sie in den letzten Apriltagen dieses schicksalschweren Jahres zu Papier gebracht. Ihr maschinengeschriebenes Manuskript ist vom Verfasser unterzeichnet und mit dem Datum 2.5.1945 versehen. Auch wenn sie nicht den Weg zu den Verantwortlichen gefunden hat, kann sie doch als wichtiges Dokument eines Zeitzeugen noch heute unser Interesse beanspruchen. Zum besseren Verständnis vergegenwärtigt man sich Ort, Situation und Zeitpunkt der Entstehung.

Der Verfasser saß als Flüchtling in Göttingen, wo er eine schlesische konsistoriale Dienststelle einrichten sollte gemäß einem Beschluß des Evangelischen Oberkirchenrats, der Leitungsbehörde der altpreußischen Unionskirche, die nach Stolberg im Harz ausgewichen war. Über die Situation in Schlesien selbst war man auf die Berichte durchkommender Flüchtlinge angewiesen. Das Breslauer Konsistorium hatte ja unter dem Eindruck des russischen Durchbruchs bei der Talsperre von Markklissa mit Genehmigung der Kreisleitung am 17.2.1945 seinen Ausweichsitz in Görlitz und damit Schlesien wie auch andere Provinzialdienststellen verlassen. Den Angehörigen der Behörde war die Weisung erteilt, sich zur weiteren Verwendung beim Evangelischen Oberkirchenrat zu melden. Dies alles geschah, nicht ohne die Kirchenkreise zuvor – und das bereits seit Monaten – in mündlichen Besprechungen auf den Katastrophenfall vorzubereiten und die Superintendenturen fürs erste mit Geldmitteln im Umfang der Gehälter und Pensionen für ein Vierteljahr, insgesamt rund 1,5 Millionen RM, auszustatten.

Die besondere Situation ergab sich aus dem seinem Ende entgegengehenden furchtbaren Kriegsgeschehen mit allen Folgen des Zusammenbruchs und des Verlustes der Heimat. Neben seiner konsistorialen Tätigkeit widmete sich Oberkonsistorialrat Schwarz in Göttingen zunächst auch der Lazarettseelsorge. Darüber hinaus sammelte er die Schlesier im Umkreis, legte Anschriftenlisten schlesischer Pastoren an und stand ihnen mit Rat und Tat bei, soweit es die beengten und bedrängten Verhältnisse mit Sperren für Strom und Kochgas, Kälte in den Unterkünften und unsicheren Verbindungen zuließen.

Am 9.4.1945 besetzten amerikanische Truppen nach kurzem Artilleriebeschuß Göttingen. Sie wurden nach wenigen Tagen von Engländern abgelöst. Damit waren die Bewohner von den letzten Verbindungen abgeschnitten, die Familien getrennt. Die Anordnungen der Besatzungsmacht beschränkten Be-

wegungsfreiheit und Lebensverhältnisse. Die Tagebucheintragung vom 2.5.1945 lautet: »Wir können keinen Rundfunk hören und sind angewiesen auf die Erzählungen anderer. Merkwürdig, wie wenig genau die meisten hören und um wie vieles weniger sie das Gehörte wiedergeben können. Sicher nach mancherlei Gerüchten ist aber der Tod Hitlers, ob im Kampf, ob einem Schlaganfall erlegen, ob durch Selbstmord? Ob man je darüber Zuverlässiges hören wird? Mit Fluch beladen tritt er von der Bühne. Spätere Geschlechter werden nicht glauben wollen an den Druck dieser 12 Jahre, da sie immer das Ende mitsehen. Roosevelt tot, Mussolini hingerichtet, Hitler ausgelöscht: Gottes Gerichte, Gottes Geschichte. Man spricht von 4 1/2 Millionen Gefallener ..., in Dresden sollen 250 000 Menschen umgekommen sein. Ebenso wird die Zahl von 5 1/2 Millionen in den Kz. Umgebrachter wohl zu hoch sein; aber ein Zehntel davon genügt, um die Schuld Deutschlands haushoch zu machen. Die Göttinger, die ihr Heim und ihre Heimat erhalten haben, ahnen gar nicht in ihrer Satttheit und völlig ihrem privaten Bereich anheimgegeben ... durch welche Engpässe unser deutsches Volk und mit ihm die Kirche noch wird gehen, wieviele Ströme Blut und Schweiß wir werden vergießen müssen in dem Schmelztiegel der Rache und in dem Hexenkessel der gegeneinander aufgehetzten Volksschichten.« Diese unmittelbaren Äußerungen beleuchten wohl am besten die Situation.

Der Zeitpunkt, zu dem die Denkschrift erstellt wurde, lag demnach noch vor der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, also noch vor Beendigung der Kampfhandlungen. Doch war schon absehbar, daß das Ende nicht mehr fern war. Zu diesem Zeitpunkt war an übergreifende kirchliche Bemühungen zur Neugestaltung des Weges der Kirche und des gemeindlichen Lebens noch nicht zu denken. Auch eine Konferenz von Verantwortlichen der Kirche wie dann im August des Jahres in Treysa konnte noch nicht im Blick sein. Niemand konnte jedoch einen verantwortlichen Mann der Kirche daran hindern, sich Gedanken über den künftigen Weg seiner Kirche zu machen. Sie sind dann nicht zum Tragen gekommen, nicht zuletzt deshalb, weil die Männer der bisherigen ostdeutschen Kirchenleitungen zur Treysaer Konferenz vom 27.8. – 1.9.1945 nicht zugelassen wurden oder aber um ihre nur gastweise Teilnahme noch kämpfen mußten. Sie gehörten eben zu den abgetanen preußischen Kirchenleitern, deren Einflußnahme unerwünscht war. Die Denkschrift baute aber auf der Auswertung von Erfahrungen an kirchenleitender Stelle in der preußischen Landeskirche auf, die nun in ihrem Ostteil von den Ereignissen überrollt und besonders schwer getroffen war.

1. Die Lage

Die Lage der evangelischen Kirchen in Deutschland am Ende des Krieges 1939–1945 ist ohne Beispiel in der Geschichte der deutschen evangelischen Kirche. Die Totalität des Krieges und die Totalität des Staates haben sich in einer Weise ausgewirkt, daß keine andere Generation wie die heutige das Psalmwort erfahren hat: »Wo soll ich hingehen vor Deinem Geist und wo soll ich hinfliehen vor Deinem Angesicht?«, nur daß ihr aufs Große gesehen bisher die Erfahrung versagt geblieben ist, die der Psalmist bekennt: »So würde mich doch Deine Hand daselbst führen und Deine Rechte mich halten.« Zerstörung und Zerstreuung – das ist die Signatur der Gegenwart. Immerhin gibt es Unterschiede. Am schwersten getroffen ist die ev. Kirche der Altpreußischen Union. Ihr östlich der Elbe liegendes Gebiet, die Kirchenprovinzen Ostpreußen, Danzig-Westpreußen, Pommern mit Schneidemühl, Schlesien, Brandenburg, ist von den Russen besetzt. Zur Zeit trennt uns ein eiserner Vorhang von diesen Gebieten. Die Gemeinden sind zu einem großen Teil evakuiert. In Mitteldeutschland, in Süddeutschland, im Sudetengau und Protektorat. Was wird dort ihr Schicksal sein? Aber viele Gemeinden sind seinerzeit überrascht worden, viele Gemeinden durften in der letzten Zeit nicht mehr fort; sie sind mit ihren Pfarrern verblieben. Wie es ihnen ergeht, ob Gottesdienste stattfinden, Pfarrer amtieren können, entzieht sich unserer Kenntnis. Die westlichen Kirchenprovinzen Rheinland und Westfalen haben schwer unter dem Bombenterror gelitten, dessen Wirkung sich auch auf die Großstädte und Städte der mittleren Kirchenprovinzen Sachsen und Berlin-Brandenburg erstreckt. Die Zahl der durch Luftangriff, Artilleriebeschuß und sonstiger Feindeinwirkung zerstörten Kirchen, Pfarrhäuser, Gemeindehäuser und kirchlichen Anstalten wird erschreckend groß sein. Die kirchlichen Verwaltungsgebäude in Düsseldorf, Münster, Magdeburg, Berlin sind zerstört; mit den anderen wird es kaum anders stehen. Das kirchliche Steuerwesen ist weithin im Osten und Westen zusammengebrochen. Die evangelische Kirche, die nie reich gewesen ist, wird ärmer denn je sein.

Die Säuberung der Kirchen von jedem nationalsozialistischen Einfluß und die Entfernung von Nationalsozialisten, die in einer Religionsgesellschaft ein Amt an sich gerissen haben, befreit zwar die evangelische Kirche der Altpreußischen Union von einer Reihe unkirchlicher, ungeeigneter und unfähiger Männer im Kirchenregiment, die seit 1933 gerade für sie eine schwere Belastung waren. Aber wieder sind an den entscheidenden Stellen wie 1933 Vakanzangetreten, während die katholische Kirche in der Kontinuität der Führung und Erfahrung an den Neubau herangehen kann.

Auch die Dezimierung des Pfarrerstandes, die überall schmerzlich groß ist, wird in Altpreußen durch die Verluste in der Heimat, auf den Trecks, auf der Flucht und in den von den Russen besetzten Gebieten besonders groß sein.

Während die anderen evangelischen Kirchen Deutschlands hoffen dürfen, die kirchliche Arbeit – wenn auch unter Entbehrungen mancherlei Art – fortsetzen zu können, so ist die Zukunft der evangelischen Gemeinden im Osten ungeklärt. Sicher ist doch wohl, daß der polnische Staat und die tschechische Republik wieder errichtet werden, daß beide unter Moskaus Einfluß stehen, auch daß beide sich auf Deutschlands Kosten vergrößern werden. Es ist nicht anzunehmen, daß das kirchliche Leben der evangelischen Deutschen sich in diesen Gebieten auch nur annähernd wird entwickeln können, wie es nach dem ersten Weltkrieg – trotz aller Schwierigkeiten – in Posen und in Ost-Oberschlesien unter polnischer Herrschaft möglich gewesen ist. Die Saat des Hasses, vom Nationalsozialismus ausgesät, wird eine furchtbare Ernte bringen. Die evangelische Kirche, die weder in Posen noch in Schlesien, weder in Ost- noch in Westpreußen den Nationalsozialismus vor 1933 gefördert, nach 1933 überall von der Partei gedrückt worden ist und allerlei gelitten hat, wird von der Rache nicht ausgenommen sein, umsoweniger, als sie durch deutsche Bibel, deutsches Gesangbuch und Luthers Katechismus der Hort eines in der Tiefe gefaßten deutschen Volkstums ist. Ob England und Amerika, ob die ökumenische Bewegung Kraft und Neigung haben werden, evangelischen Gemeinden in den Ostgebieten wirksam zu helfen, wird abzuwarten sein.

Von den anderen Landeskirchen werden die im westlichen Frontgebiet gelegenen, also etwa Baden, Hessen-Darmstadt und die großstädtischen Charakters, wie Hamburg, am schwersten mitgenommen sein. Einige haben das Glück gehabt, wie die luth. Landeskirche Hannovers, daß der Krieg verhältnismäßig rasch durch ihr Gebiet gegangen ist und lediglich die großen Städte zerstört hat. Ebenso haben einige den großen Vorzug, daß ihre kirchliche Führung intakt bleibt.

2. Versuchungen

Wo die Ansatzpunkte für die kirchliche Arbeit erhalten geblieben oder schnell wieder zu gewinnen sind, scheint man sich hin und her gefährlichen Illusionen über den Ernst der Situation, in der sich die evangelische Kirche befindet, hinzugeben. Das Gefühl, dem man des öfteren etwa so Ausdruck gibt: »Nun haben wir es geschafft«, offenbart in mehrfacher Hinsicht eine Verkennung dessen, was wir erleben, zugleich dessen, was Gott uns durch die Ereignisse sagen will. Die Nachricht, daß in Aachen der freie deutsche Gewerkschaftsbund gegründet worden ist (Kölnischer Kurier vom 16.4.1945 Nr. 3), eröffnet gewisse Perspektiven. In der Begrüßung heißt es: »Wir müssen alle politischen und religionspolitischen Elemente aus der Gewerkschaft fernhalten. Das Ziel unserer Tätigkeit

muß darin bestehen, Vertrauen zu gewinnen, damit wir den Kameraden in der Welt die Bruderhand wieder reichen können.« Von den 13 grundlegenden Punkten sei nur aufgeführt: 1. Mithilfe zur Verständigung der Völker untereinander und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbewegungen der Welt. 2. Aufklärung durch Wort und Schrift, insbesondere der Jugend, über Völkerverständigung. 5. Vertretung der Gewerkschaft in allen Zweigen des öffentlichen Lebens. 9. Wiedereinführung des Streikrechts. Es wird ganz davon abhängen, wie sich das deutsche Parteileben gestaltet. Es ist doch wohl anzunehmen, daß die kommunistische Partei trotz der proklamierten Ausschaltung aller politischen Elemente ihren Einfluß in dem freien deutschen Gewerkschaftsbund und im ganzen öffentlichen Leben sich zu sichern, ja die Herrschaft an sich zu reißen bestrebt sein wird. Auch der Aufruf betr. freie Religionsausübung, den der oberste Befehlshaber der alliierten Streitkräfte erlassen hat (Kölnischer Kurier vom 21.4.1945 Nr. 4), das Entgegenkommen der Militärregierung im Westen sind nicht allein aus dem amerikanischen Interesse für freie Religionsausübung und dem englischen Verständnis für Kirche zu verstehen, sondern ebenso aus dem Gegensatz zu dem nationalsozialistischen Regime. Einen Schutz gegen Auflösung und Ablehnung der Kirche von innen her wird von ihnen nicht zu erwarten sein. Und ob die Tatsache, daß die Kirche diesmal nicht der Büttel des Staates gewesen ist, sondern im Gegenteil von Staat und Partei verfehmt, ausgeschaltet und gedrückt wurde, der Kirche in ihrem Verhältnis zur deutschen Arbeiterschaft noch einmal von Gewinn sein wird, ist doch zu fragen. Besonders die Bekennende Kirche steht heute in einer Stunde ernster Verantwortung. Die Versuchung ist für sie groß, sich zu überheben, als habe sie Recht gehabt, und Offenbarung Joh. 3 Vers 7 ff ohne weiteres auf sich zu beziehen, dabei zu verkennen, daß auch außerhalb ihrer Kreise, ja auch im Kirchenregiment selbst, der kirchliche Kurs gesteuert worden ist. Sie steht in der Gefahr, denselben Fehler zu machen, wie die NSDAP im Jahre 1933, die sich mit dem deutschen Volke identifiziert hat, so sich mit der Kirche zu identifizieren. Es wird nur zu begrüßen sein, wenn die Bekennende Kirche die Verantwortung des Kirchenregiments mittragen lernt, nur daß sie sich dann auch der Versuchung bewußt ist, etwa doppelgleisig zu verfahren, wie es auch die NSDAP getan hat. Sie würde ihr am ehesten durch die Auflösung der Bruderräte begegnen. Das Opfer ist nicht zu groß, wenn man an den Gewinn denkt, daß wir so wieder zu einer reformatorisch bestimmten Anschauung und Praxis der Kirche kämen. Die Versuchung, auf historischen Verdiensten auszuruhen und darüber die Stunde neuer Situationen und Bewährung zu verpassen, ist für die Bekennende Kirche heute nicht zum ersten Mal gekommen. Vielen liegt der Wunsch nahe, alte Zustände wieder herzustellen, gerade denen, die von christlich-konservativen Gedanken erfüllt sind. Der Blick ist durchaus vorwärts zu richten. Die Versuchung ist groß am Alten zu hängen, statt sich rechtzeitig auf die kommenden Verhältnisse ein-

zustellen. Das gilt auch für die Frage des Religionsunterrichtes. Die neue deutsche Schule wird sich nicht allein von der nationalsozialistischen Schule unterscheiden. Geist und Lehrbücher der kommenden Schule werden von den Grundsätzen erfüllt sein, die der freie deutsche Gewerkschaftsbund bereits ausgesprochen hat. Die Kirche muß damit rechnen, daß ihre Lehre neuen Anfeindungen begegnet. War sie in der jüngst vergangenen Zeit als international und pazifistisch verhaßt, so wird sie in Zukunft des Nationalismus und des Militarismus bezichtigt werden, wenn sie den Traum von Weltfrieden, Völkerbeglückung und allgemeinem Aufstieg mitzuträumen nicht in der Lage ist und, wie sie verpflichtet ist, dem deutschen Volk in Wahrheit und Liebe dient. Die Kirche darf nicht noch einmal den Religionsunterricht unter fremder Flagge segeln lassen. Ganz abgesehen davon, daß weithin die Lehrerschaft nicht mehr in der Lage dazu ist, evangelischen Religionsunterricht zu erteilen, und die Lehrer, die den Religionsunterricht seinerzeit ohne weiteres niedergelegt haben, sich auch des Rechtes und der Vollmacht, Religionsunterricht zu erteilen, selbst begeben haben.

Schließlich sei der Versuchung gedacht, nur den eigenen kleinen Kreis, nur die eigene Person zu sehen. Damit hängt die Unfähigkeit zusammen, über das, was man erlitten hat, hinwegkommen, vergessen, Gräben zuschütten zu können. Die Gefahren, durch die die Kirche hindurchschreiten muß, sind zu groß, ihr Amt und Auftrag zu ernst, als daß wir nicht zu Opfer und Vergebung uns alle im Herzen bereitmachen müßten.

3. Aufgaben

Die Schwierigkeit, daß wir weithin verhandlungsfähige Organe der Kirche und Kirchenprovinzen nicht haben, sie auf dem verfassungsmäßigen Wege, der grundsätzlich durch die Beseitigung der Verordnungen frei wäre, zu bestellen aber nicht die Zeit haben, muß überwunden werden. Wir beschreiten einen Notweg, der einmal später die Billigung der geordneten Körperschaften erfahren muß.

Es ist zu unterscheiden zwischen Sofortmaßnahmen und den Aufgaben auf lange Sicht, die jedoch schon jetzt ins Auge gefaßt werden müssen.

A.) Sofortmaßnahmen

Der geistliche Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche, wenn auch die Zuziehung des Landesbischofs Schulz (Schwerin) nicht möglich sein wird, nimmt so schnell als möglich Fühlung mit der Landesführerkonferenz, mit der Führung der Bekennenden Kirche und einzelnen vor allem aus dem Ostgebiet stammenden Persönlichkeiten, die in dem Gebiet der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union den kirchlichen Kurs gesteuert sind. Auf Vollständigkeit ist bei der Notwendigkeit des schnellen Handelns und der Schwierigkeit des

Verkehrs kein zu großes Gewicht zu legen. Aus diesem Kreis sind die Verhandlungen mit den Vertretern der Besatzungsmächte sofort aufzunehmen, um die Grundlagen festzustellen, die für die kirchliche Arbeit notwendig sind, wozu etwa gehört: Gliederung der Besatzungsgebiete, Ermöglichung der kirchlichen Arbeit im Osten, Zusammenhänge der Landeskirchen, Sicherung und Wiedererstattung des kirchlichen Besitzes, Fortfall der Finanzabteilungen, Zurückführung der gefangenen Pastoren, Nennung der mit der vorläufigen Leitung der Kirchen und Kirchenprovinzen betrauten Geistlichen, weil die Arbeit nur vorwärts getrieben werden kann, wenn verantwortliche Leitung da ist, für die die Besatzungsmächte bei aller Anerkennung der Freiheit der Kirchen sich ein politisches Unbedenklichkeitszeugnis vorbehalten werden.

Diese leitenden Persönlichkeiten werden von dem genannten Kreis in Fühlungnahme mit kirchlich erfahrenen und bewährten Geistlichen und Laien der einzelnen Gebiete sofort zu benennen sein. Das schließt die grundsätzliche Entscheidung in sich, in wessen Händen künftig die kirchliche Leitung stehen soll. Nach der ganzen Lage der Dinge kommen dafür nur Geistliche in Betracht.

Zu den Sofortmaßnahmen gehört demnach auch eine möglichst rasche, wenn auch nur provisorische Bildung eines Synodalarates in denjenigen Kirchen und Kirchenprovinzen, die einen solchen synodalen Faktor nicht haben. Schon jetzt sind die Vorarbeiten aufzunehmen für die Sammlung der in alle vier Winde zerstreuten Geistlichen, die Übersicht der verlagerten Gemeinden, Planung der Versorgung der Kirchengemeinden, Ansetzen der Geistlichen, Herstellung der gottesdienstlichen Räume. Die kirchliche Unterweisung der Jugend ist in möglichst großem Umfang aufzunehmen.

B.) Langfristige Maßnahmen

Die Lösung der Finanzaufgaben, die Pfarrbesoldung, die Frage der Staatszuschüsse und der Kirchensteuern ist zu lösen.

Dringend wird die Durchführung von Visitationen, wie nach dem 30jährigen Krieg.

Da die Deutsche Evangelische Kirche und die Kirchenkanzlei nicht mehr bestehen wird, wird um so wichtiger der Zusammenschluß der evangelischen Kirchen Deutschlands in einem aktionsfähigen Kirchenbund sein. Der Landeskirchenführerkonferenz wird ein größeres Schwergewicht zu geben sein. Eine größere Annäherung der Kirchen untereinander wird nicht so sehr durch organisatorische Maßnahmen als durch innere Tatsachen geschaffen werden, z.B. gemeinsames Ordinationsformular in Hannover, Württemberg, Bayern. Die Gesangbuchfrage ist nicht so schwer zu lösen, da alle Bestände verkauft sind und der Weg für eine gemeinsame Lösung unter Berücksichtigung der Eigentümlichkeiten der einzelnen Kirchen frei ist.

Die Kirchenverfassungen, die aus den 20er Jahren stammen, auf die wir uns zurückgeworfen sehen, passen wenigstens in Altpreußen nicht mehr für eine arm gewordene und z.T. völlig neu aufzubauende Kirche: Zu umständlich, zu kostspielig, zu wenig einheitlich. Geistliches Amt und Gemeinde sind in der evangelischen Kirche aufeinander zu gerichtet, so auch geistliche Leitung und Synode. Die Verwaltung hat beidem zu dienen. Das wird die Gestaltung der kirchlichen Verfassung zu berücksichtigen haben. Die Aufblähung der Behörden kann sich die Kirche nicht mehr leisten. Die Kirchenjuristen treten in die Stelle des Syndikus und des Justitiars. Der Geistliche Leiter soll nicht nur neben der kirchlichen Verwaltung stehen; sie zu durchdringen kann ihm nur gelingen, wenn er, dem Hausvater vergleichbar, mitten in ihr steht. Allerdings nicht von den Geschäften des Tages erdrückt, aber auch nicht auf die Gnade des Verwaltungsdirektors angewiesen. Eine Schwächung der geistlichen Leitung, wie sie in Preußen durch die Ansetzung mehrerer Generalsuperintendenten in einer Kirchenprovinz üblich war, sollte ausgeschlossen sein.

Auch in Preußen sollte die Konferenz der Geistlichen Leiter der Kirchenprovinzen ein stärkeres Gewicht bekommen. Sie soll bei der Bestellung der Geistlichen Leiter in den Kirchenprovinzen als auch beim Schutz der lauterer Lehre und der Ausscheidung der Irrlehrer mitwirken.

Die Kirche muß sich Instanzen schaffen, die über die Lehre urteilen, wobei mit Nachdruck daran zu erinnern ist, daß, je tiefer man sich mit diesen Dingen beschäftigt, um so ernster die Verantwortung wird. Es dürfte nicht schwer sein, wie manchen deutschen Christen so auch manchen Bekenner der Irrlehre zu überführen.

Der kirchliche Charakter der Synoden ist stärker als in der bisherigen Verfassung herauszuarbeiten. Der Dienstgedanke geht dem Gedanken der Vertretung vor.

Für die Ämterordnung liegen wertvolle Vorarbeiten vor.

In der Gemeinde wird neben dem Gemeindegemeinderat wieder die Gemeindevvertretung treten müssen. Erkannte Fehler, wie Wechsel im Vorsitz des Gemeindegemeinderats, Befragung der Pastoren wegen Ernennung eines Superintendenten wird man nicht wiederholen.

Die Abschaffung der staatlichen und städtischen Patronate und ihre Ablösung sind zu erstreben. Sie sind ein Einfallstor weltlicher Politik in das Herz der Kirche. Privatpatronate mögen als ein Moment der Freiheit der Kirche und persönlicher kirchlicher Verantwortung bestehen bleiben.

Die Kirche baut den Jugendkatechumenat aus nach den bisherigen verheißungsvollen Anfängen. Sie übernimmt die christliche Unterweisung auch in der Schule und beauftragt ihrerseits außer eigenen Kräften dazu willige Lehrkräfte an höheren und Volksschulen.

Wenn es möglich ist, die evangelisch-theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten zu erhalten und sie bei voller Erhaltung ihres wissenschaftli-

chen Charakters zu Pflanzstätten der künftigen Pastoren zu machen, dann sollte die Kirche die Universalität dieser im gesamten Zusammenhang einer Universalität gewonnenen Ausbildung so hoch einschätzen, daß sie etwa damit gegebene Gefahren trägt. Sollte sich dieser Weg nicht ermöglichen lassen, dann würde sehr sorgsam, und zwar nicht von jeder Kirchenprovinz oder Kirche einzeln, sondern insgesamt zu planen sein, wobei die theologischen Ausbildungsstätten in Universitätsorte zu verlegen, unter Umständen auch gewisse Universitätsvorlesungen in anderen Fakultäten zur Pflicht zu machen wären. Auch eine arme Kirche hat eine Verantwortung für ihre Geschichte, ihre Geschichtsschreibung und die Erhaltung ihrer geschichtlichen Quellen. Die Historische Kommission, für die das Archivamt der Deutschen Evangelischen Kirche bereits die Vorbereitungen getroffen hat, wird auch weiter getrieben werden müssen. Ebenso ist die Archiv- und Bibliotheksarbeit der Kirche fortzuführen. Sie ist heute notwendiger denn je. Es gilt verlorengegangene Quellen zu suchen, den ihrer Bibliotheken beraubten Pfarrern durch Kirchen-, Synodal- und Zentralbibliotheken beizustehen. Die Fürsorge für die aus mehrjährigem Kriegsdienst heimkehrenden Pfarrer wird nicht nur seelsorgerischer Natur sein, sie wird auch wissenschaftliche Aufgaben in sich schließen. Ihr kann die Kirche nur genügen durch eigene wissenschaftliche Institute.

Die Erfahrungen in der Posener und Litzmannstadter Kirche, das vom Kirchenministerium (Landgerichtsrat Haug) entworfene Programm der Religionspolitik haben gezeigt, wie wenig Theologie und Kirche auf diese Fragen vorbereitet waren. Nur scheinbar sind wir ihrer Lösung enthoben. An einen Neubau des Kirchenrechts aus der Kirche heraus werden wir denken müssen.